



27. April 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD**
- **70 Jahre Israel**
- **Franke Vizepräsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft**
- **Esther Dilcher wird Mitglied im Unterausschuss Europarecht**
- **Neuer Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen**
- **Wohnraumoffensive**
- **NPD soll von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden**
- **Das politische Berlin erleben**

Außerordentlicher Bundesparteitag der SPD

Der Bundesparteitag am 22. April 2018 in Wiesbaden wird als historischer Tag in die Geschichte der SPD eingehen. Erstmals in der 155-jährigen Geschichte der Partei wurde mit Andrea Nahles eine Frau zur Vorsitzenden gewählt.

Andrea Nahles setzte sich mit 66,35 Prozent gegen ihre Mitbewerberin Simone Lange durch. Sie folgt als Parteivorsitzende auf Martin Schulz, der nach den erfolgreichen Koalitionsverhandlungen von seinem Amt zurückgetreten ist.



Jedoch ging es auf dem Parteitag nicht nur um die Wahl der Vorsitzenden, sondern um die Erneuerung der SPD. Der Bundesparteitag setzte den Startschuss für diesen Prozess. „Jeder ist dazu eingeladen an diesem Prozess teilzunehmen“, so die Abgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke in Wiesbaden.

Dabei soll eine Wirtschaftspolitik erarbeitet werden, welche wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele miteinander verbindet. Am steigenden Wohlstand müssen alle teilhaben können.

Auch die Arbeitswelt befindet sich im Umbruch. Diese wird durch Digitalisierung, demografischen Wandel, Migration und Automatisierung beeinflusst. Diese Faktoren müssen Chancen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bieten – dafür werden wir sorgen!

Das letzte zentrale Themenfeld ist Deutschlands Rolle in der Welt. Die SPD setzt auch in Zukunft auf eine internationale Politik, die auf Abrüstung, Entspannung und friedliche Lösungen in Konflikten ausgelegt ist. Jedoch steigt die Zahl der Konflikte in der Welt an, wie soll also Deutschlands Rolle in der Welt aussehen?

„Die Erneuerung, die wir anstreben ist eine inhaltliche Erneuerung. Es geht nicht darum, Köpfe auszutauschen. Es geht vielmehr um eine solidarische Gesellschaft, in der der soziale Zusammenhalt im Vordergrund steht!“, erklärt Edgar Franke.

70 Jahre Israel

Anlässlich des 70-jährigen Bestehens Israels hat sich der Bundestag klar zum Existenzrecht des jüdischen Staates bekannt und Antisemitismus in Deutschland verurteilt.

Die Idee des Zionismus und mit ihm die Gründung Israels war die Antwort auf den sich Ende des 19. Jahrhunderts verstärkenden Antisemitismus innerhalb Europas, welcher im Holocaust ausartete. Das zentrale Anliegen war es, einen Staat für alle Jüdinnen und Juden entstehen zu lassen, in dem sie vor Verfolgung, Entrechtung und Völkermord Schutz finden können.

Die Gründung des Staates Israel ist auch für uns ein Datum mit unvergleichlichem Charakter. In ihm drückt sich die historische Verantwortung Deutschlands aus, dass so etwas wie der Holocaust nie wieder geschehen darf.

Vor dem Hintergrund der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden ist es nicht selbstverständlich, dass Deutschland und Israel heute so gute Beziehungen zueinander unterhalten.

Dass über die Jahre diese Beziehungen entstanden sind, ist unter anderem Sozialdemokraten zu verdanken. So reiste Erich Ollenhauer, ehemaliger Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD, auf Einladung der israelischen Regierung als erster deutscher Spitzenpolitiker nach Israel. Außerdem besuchten Willy Brandt, als erster deutscher Bundeskanzler, und Johannes Rau, als erster deutscher Bundespräsident, Israel.

Bei dem Besuch Willy Brandts im Juni 1973 charakterisierte er die deutschen Beziehungen zu Israel als „normale Beziehungen mit einem besonderen Charakter“. So sind sich auch die Abgeordneten Dr. Edgar Franke und Esther Dilcher sicher, dass wir als deutsche Staatsbürger zum Existenzrecht Israels stehen und uns gegen Antisemitismus in jeder Ausprägung zur Wehr setzen müssen. „Wie wichtig das ist, sehen wir leider immer wieder, zuletzt bei den antisemitischen Übergriffen in Berlin.“, meinen die beiden Abgeordneten.

Edgar Franke Vizepräsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V. (DPG) in Berlin ist eine überparteiliche Vereinigung von Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der deutschen Landtage und des Europaparlaments.

Sitz ist seit September 1999 das ehemalige Reichstagspräsidentenpalais am Friedrich-Ebert-Platz in Berlin gegenüber dem Reichstagsgebäude. Damit wollte die DPG unterstreichen, dass das Gebäude bereits in der Weimarer Republik als Treffpunkt der Abgeordneten diente.



Edgar Franke wurde am vergangenen Mittwoch zum Vizepräsident der Parlamentarischen Gesellschaft gewählt. Vorsitzende der Parlamentarischen Gesellschaft ist die ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Michaela Noll (CDU/CSU) geworden. Sie ist damit Nachfolgerin des langjährigen Präsidenten Heinz Riesenhuber.

In den Vorstand wurden Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch, die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, (Beide Die LINKE), die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, (Bündnis90/ Die Grünen) sowie die Staatsministerin für Kultur Prof. Monika Grütters (CDU) und der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) gewählt.

Die Parlamentarische Gesellschaft repräsentiert den gelebten überparteilichen Grundkonsens der Demokraten. Sie richtet verschiedene Veranstaltungen aus. Sowohl die Fraktionen im Bundestag, aber auch Interessensverbände finden in der Parlamentarischen Gesellschaft ein Forum, um ihre Anliegen und Themen vorzutragen.

Außerdem nutzt die Gesellschaft das Gebäude für kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen bildender Künstler, sowie Buchpräsentationen und allgemeinpolitische Veranstaltungen.

Die Gesellschaft hat inzwischen nahezu 2.000 Mitglieder und ist in Berlin der Ort der politischen Begegnungen schlechthin.

Esther Dilcher wird Mitglied im Unterausschuss Europarecht



Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz hat am Mittwoch in seiner neunten Sitzung die Einsetzung eines Unterausschusses Europarecht beschlossen. Esther Dilcher, die bereits Mitglied im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union im Haushaltsausschuss ist, wird zukünftig auch Mitglied im Unterausschusses Europarecht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz.

Wir Sozialdemokraten wollen ein deutliches Zeichen für Europa setzen. Europa ermöglicht mehr als 500 Millionen Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Dies gilt es zu bewahren, weiterzuführen und auszubauen. Denn, wie sagte schon Willy Brandt zu Recht: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Auch wenn die Aufgaben der Rechtsprechung, Strafverfolgung und sonstigen Rechtspflege nach wie vor Aufgaben der einzelnen Länder sind und nicht in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallen, gibt es zunehmend in vielen Bereichen eine fruchtbare Zusammenarbeit. Juristische Verfahren und Rechtsgrundlagen werden angeglichen und die Zusammenarbeit der Behörden zunehmend ausgeweitet. Dies sorgt für schnellere Verfahren, den Abbau von Bürokratie und eine bessere Vernetzung. Das hat Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Durchsetzung öffentlicher Interessen. Denn zuverlässige Justizsysteme und eine gute Rechtsprechung sind ein starker Motor für Wachstum und wirtschaftliche Stabilität.

Auch der Verbraucherschutz wird zu einem Teil bereits durch Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union geregelt. Das Verbot von Tabakwerbung ist ein gutes Beispiel hierfür.

Wir Sozialdemokraten sind überzeugt, dass der weitere Ausbau des europäischen Binnenmarktes nur mit einer nachhaltigen Stärkung der Verbraucherrechte gelingen kann. Wenn die Marktwirtschaft den Menschen dienen soll, dann muss auch eine gute europäische Verbraucherpolitik hier ihren Beitrag leisten.

Neuer Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Der Bundestag setzte am Mittwoch zu Beginn seiner Plenarsitzung einen neuen Ausschuss für „Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen“ ein. Die Zuständigkeit für dieses Politikfeld lag bisher beim Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.



Der neue Ausschuss hat sich ein umfangreiches Programm vorgenommen. Ganz oben auf der Liste stehen die Förderung des Wohnungsbaus und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in den Kommunen.

Edgar Franke und Esther Dilcher sind sich einig: Die vielfältigen und großen Herausforderungen, denen die

Kommunen gegenüberstehen, müssen auch im parlamentarischen Geschehen des Bundestages abgebildet werden. Beide Wahlkreise der Nordhessen sind Flächenwahlkreise und eher ländlich geprägt. Die Abgeordneten kennen aus eigener kommunalpolitischer Erfahrung die Nöte der Kommunen daher sehr genau.

Die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung, die Förderung der öffentlichen Verkehre und Straßen, schnelles Internet, aber auch Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Angebote – all das wird auf kommunaler Ebene entschieden.

„Wir begrüßen daher die Einrichtung dieses neuen Ausschusses ausdrücklich“, so die beiden Abgeordneten. „Sich verstärkt um die Kommunen zu kümmern und diese bei der Meisterung ihrer umfangreichen Aufgaben zu unterstützen, ist ein richtiges und wichtiges Signal.“

Und in der Tat: Zum ersten Mal seit 1968 gibt es im Deutschen Bundestag wieder einen Ausschuss für Kommunales. Gut, dass sich die SPD erneut für die Kommunen stark gemacht hat – sie ist und bleibt die Anwältin der Kommunen.

Wohnraumoffensive

Bezahlbarer Wohnraum ist besonders in den Großstädten mittlerweile Mangelware, allein hier fehlen zwei Millionen Wohnungen. Familien, und hiermit meinen wir ausdrücklich auch Alleinerziehende, haben es dabei besonders schwer, passende und bezahlbare Wohnungen zu finden.

Häufig verschlingt die Miete mehr als das empfohlene Drittel des Einkommens. Das hat weitreichende Konsequenzen: Viele Haushalte sind unter solch angespannten Bedingungen kaum mehr in der Lage, zu sparen oder zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben. Familien trifft dies besonders häufig und sie sind noch von einer weiteren negativen Auswirkung betroffen: Können sie sich das Wohnen in den Innenstädten nicht mehr leisten, müssen sie häufig in preiswertere Wohnungen in das Umland umziehen. Dadurch verlieren sie oftmals ihr soziales Umfeld und die für die Alltagsgestaltung so wichtigen Netzwerke.

Diesen Missstand können wir nicht mehr durch einzelne Maßnahmen erfolgreich beseitigen, wir müssen vielmehr eine umfassende Wohnraumoffensive starten. Dazu gehört für uns:

- Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus
- Die Weiterentwicklung der Mietpreisbremse und des sozialen Mietrechts
- Die Absenkung der Modernisierungsumlage
- Die ausgewogene Förderung des öffentlichen und des privaten Wohnungsbaus
- Die Mobilisierung von Bauland
- Die Förderung von Wohneigentum für Familien
- Die Städtebauförderung und Stadtteilentwicklung für lebenswerte Städte und Gemeinden
- Die Anpassung des Wohngeldes

„Die Wohnungsfrage darf nicht zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts werden“, erklären Esther Dilcher und Edgar Franke übereinstimmend. „Daher ist es gut, dass wir diese Woche einen neuen Ausschuss „Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen“ eingesetzt haben. Hier können gezielt Fördermaßnahmen beschlossen, Initiativen gestartet und Konzepte umgesetzt werden.“

NPD soll von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden

Im Januar 2017 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die NPD die freiheitlich-demokratische Grundordnung verletzt und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Statt eines Parteiverbotes empfahl sie eine Sanktionierung durch Ausschluss von der Parteienfinanzierung.

Das Bundesverfassungsgericht hatte kein Verbot der Partei ausgesprochen, da sie keine hinreichenden Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung dieser verfassungsfeindlichen Ziele sah.



Bild: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw17-de-npd/551138der> geschaffen.

Das Gericht hat dem Gesetzgeber jedoch die Möglichkeit eröffnet, verfassungsfeindliche Parteien auf anderem Wege zu sanktionieren: Durch Änderung des Grundgesetzes und einer weiteren gesetzlichen Änderung haben wir im Juli 2017 die Grundlage für den Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von staatlichen Parteienfinanzierung

Da die NPD weiterhin nicht verboten ist, hatte sie bisher Anspruch auf Zuschüsse aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Der damalige Bundesjustizminister und heutige Außenminister Heiko Maas (SPD) sagte zur Änderung des Grundgesetzes in dieser Frage, es sei eine "staatliche Direktinvestition in rechtsradikale Hetze", die beendet werden müsse.

Auf dieser Basis haben wir nun gemeinsam mit der Union und der FDP beschlossen, dass der Bundestag von seiner Möglichkeit Gebrauch macht und einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung für den Zeitraum von sechs Jahren stellt. Mit diesem Schritt soll verhindert werden, dass die verfassungsfeindlichen Aktivitäten der NPD weiterhin aus Steuermitteln finanziert werden.

Das politische Berlin erleben

Drei Tage lang besuchten Bürgerinnen und Bürger aus Schwalm-Eder und Frankenberg das politische Berlin. Zu der Fahrt eingeladen hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Edgar Franke.



Wie der Arbeitsalltag eines Mandatsträgers konkret im Plenum, in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen und im Wahlkreis Schwalm-Eder/Frankenberg mit den Büros in Borken, Frankenberg und Berlin aussieht, schilderte Edgar Franke den Gästen bei Ihrem Besuch im Deutschen Bundestag. Er ist seit 2009 Mitglied des Bundestages.

Die Besuchergruppe konnte im Anschluss an das Gespräch den Plenarsaal besichtigen. Zum Abschluss ging es für Alle auf das Dach des Reichstages und in die Kuppel. Von dort aus gab es einen Blick in das Herz des Deutschen Bundestages einen weiten Blick über die Hauptstadt.

Auf dem Programm stand zusätzlich ein Besuch des Berliner Fernsehturms und der Besuch des Willy-Brandt-Hauses – der SPD-Parteizentrale.

Weitere Besuche und Rundfahrten standen auf dem Programm: Eine Stadtrundfahrt durch Berlin – orientiert an politischen Sehenswürdigkeiten. Ein absolutes Highlight war natürlich der Besuch im ZDF-Hauptstadtstudio mit der Teilnahme als Zuschauer beim Morgenmagazin.

Die Wahlkreisfahrt nach Berlin ist immer wieder eine hochinteressante und auch politische Reise“, resümiert Edgar Franke, „Alle Wählerinnen und Wähler können sich bei melden, um die Arbeit ihres Abgeordneten aus der Nähe im Rahmen einer dreitägigen Reise zu erleben. Berlin ist immer wieder eine Reise wert!“

Jeweils drei Reisen nach Berlin bieten die Abgeordneten Esther Dilcher und Edgar Franke jährlich an. Interessierte können sich für eine Fahrt in den Wahlkreisbüros anmelden (siehe unten).

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet euch einfach.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.